



raubte sie des Vorwandes, jederzeit in Deutschlands innere Verhältnisse einzugreifen. So z. B. beklagt sich gestern das „Echo de Paris“ über die deutsche Luftschiffindustrie; hier wäre eine Lücke im Friedensvertrag, Deutschland hätte nun bald die Möglichkeit, beliebig viel Flugzeuge zu bauen, die sich im Handumdrehen zu einer militärischen Waffe umändern lassen. Deutsch schimmert da der Wunsch durch, daß es Frankreich gegnügt sei, jederzeit einzugreifen und bestimmte Vorschriften zu machen. Man will den Kriegszustand verhängen, und da dies rechtlich nicht anders geschehen kann, zieht man dem Vertrag einen offenen Krieg vor. Nur durch beständigen Kriegszustand kann Frankreich seine gegenwärtige politische und militärische Überlegenheit wahren; sobald die Völker wieder in freien Wettbewerb treten, muß es notwendigerweise den Vorrang anderen überlassen. Geradezu vernichtend sind beispielsweise die Teilergebnisse der allgemeinen Volkszählung; in allen Departements ist ein gewaltiger Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, sogar Paris hat nicht zugenommen; nun aber wird Europa sich auf die Dauer nicht beherrschen lassen von einem 36-Millionen-Volk, das zudem den letzten Landmann — nebst vielen Fremden — innerhalb seiner Landesgrenzen hat.

Die März-Unruhen vor dem preußischen Landtage

Der preußische Landtag hat am Donnerstag seine Beratung wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand eine Interpellation über die kommunistischen Unruhen in Mitteldeutschland.

Abg. Graf Anklam (Dnat.) begründete die Interpellation. Er führte u. a. aus: Die Organe des Oberpräsidiums der Provinz Sachsen blühen zum Teil den Laubruhr geduldet, zum Teil begünstigt, oftmals aber das Eingreifen der Schutzpolizei verhindert. Die Maßnahmen gegen die Unruher seien, auch nachdem die Polizeikommission eingeleitet worden war, nur höchst mangelhaft durchgeführt worden. Ganz besonders auffällig sei bei diesem Unruhen gewesen, daß fremdbürtige Führer eine so große Rolle spielen durften. Der schwerste Vorwurf, den man dem Minister Seevering machen müsse, sei, daß er das Eingreifen der Reichswehr verhindert habe. Das ganze Zustandekommen des Aufstandes und die Geschichte seiner Unterdrückung sei eine einzige Anklage gegen das Ministerium des Innern.

Abg. Eberlein (D. N. P.) richtete seine Angriffe gegen das Ministerium Seevering hauptsächlich wegen der Einrichtung der Sondergerichte. Die kommunistische Partei lehne jede Verantwortung für die Unruhen in Mitteldeutschland ab. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Forderung an das Proletariat „Auf zu neuem Kampf“.

Abg. Krüger-Potsdam (Soz.) beantragte die Beschränkung der Sondergerichte auf die Bezirke, in denen der Ausnahmezustand verhängt worden ist. Er verteidigte den angegriffenen Minister Seevering gegen den Vorwurf der Provoktion des kommunistischen Aufstandes. Die Rechtspflichten blühen das Verhalten der Kommunisten vorausgesetzt, nur nach niedergebörtem Einspruch ihren eigenen Pflichten sofort nachzugehen zu können. Die Schutzpolizei sei ihrer Aufgabe durchweg gewachsen, ein Eingreifen der Reichswehr war daher durchwegs erforderlich. Die weisse Märschierung der Polizei habe wesentlich dazu beigetragen, das Aufbegehren auf beiden Seiten zu vermindern. Auf die Angriffe gegen den sozialdemokratischen Minister von rechts und links antwortete er nur: „Wären Sie zusammen die neue Regierung.“

Oben die Führer der Kommunisten richtet Abg. Krüger schwere Angriffe wegen ihrer Zurückhaltung vor dem eigenen Kampfplatz. Sie hätten alle vom höheren Ort aus die Bewegung geleitet und geführt.

Abg. Kleinpell (D. N. P.) verwirklichte die Politik der Kommunisten, die immer wieder mit Leben und Eiferung vieler Tausender deutscher Arbeiter zusammen beschworenen Ziele experimentierte. Wenn auch die Technik der Reaktionen der Kommunisten erst die Mittel zum Aufstand geliefert hat, so mußten diese doch das Wohlwollen ihres Aufstufes voraussetzen. Die U. G. P. verurteilt daher die Aktion der Kommunisten als ein Verbrechen.

Präsident Lehner gab bekannt, daß der Antrag Eberlein, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, nicht genügend unterstützt sei. Der Antrag wurde daher gegen Widerspruch der Kommunisten von der Tagesordnung gestrichen. Die Fortsetzung der Beratung über die mitteldeutschen Unruhen findet in der Montagtagung, die um 12 Uhr beginnt, statt.

Mandatsverzicht Adolf Hoffmanns

Berlin, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Der kommunistische Abgeordnete Adolf Hoffmann hat sein Mandat zum Landtag niedergelegt. Damit scheidet aus dem preußischen Abgeordnetenhaus eines der stärksten und populärsten Mitglieder aus. Die Gründe zur Mandatsniederlegung Adolf Hoffmanns sind rein persönlicher Natur. Er erklärt, daß er zu sehr mit Arbeit überlastet sei. Sein Reichstagsmandat gedenkt Hoffmann jedoch weiter zu behalten.

Die U. G. P. hierzu erklärt, daß die Mandatsniederlegung ihren Grund darin, daß nach einem Beschluß der kommunistischen Fraktion kein kommunistischer Abgeordneter zwei Mandate innehaben darf.

Armbändchen

Von Hans Reimann.

Armbändchen werden von Säuglingen getragen. Manchmal stehen diese Säuglinge schon im betriebsfähigen Alter, aber Säuglinge sind sie dennoch. In vorliegender Skizze handelt es sich jedoch um die Armbändchen eines wackeligen Säuglings, und zwar um die Armbändchen der Frau Liesbeth Junk, das heißt: nicht um Frau Jankes Armbändchen, denn Frau Junk, das sagt schon der Name, ist längst kein Säugling mehr, sondern war es vor zwanzig Jahren, aber das geht uns hier nichts an. Aufmerksam sei nun also!

Die junge Frau Junk erwartete ihr erstes Kind. Frau Junk hat eine Freundin, die junge Frau Wödel. Erna Wödel. Das heißt: Frau Wödel und Frau Junk sind vor Jahr und Tag gemeinsam von der Schulbank gedrückt worden. Also Schulfreundinnen. Das heißt: als sie noch Mädchen waren. Freundinnen — im, ja, das gibt es nicht unter Frauen. Die besten Freundinnen sind hinterm Rücken die argsten Spinnwebkinderinnen. Das Wort Freundin — das heißt bei Frauen — ist etwas Ähnliches wie der Schokoladenüberzug bei einem Handwärmemittel. Frau Junk und Frau Wödel sind natürlich auch keine Freundinnen. Aber sie tun so, als wären sie es. Uebrigens erwartet auch die junge Frau Wödel ihr erstes Kind, und das verteilt der eingebildeten Freundschaft einen gewissen Haat.

Außerdem haben die Jankin und die Wödelin einander monatlich nicht gesehen, und das erhält die Freundschaft frisch. Wie nun die Jankin die Wödelin wiederholt, nimmt sie die Aufforderung, ihr in die Wohnung zu folgen, an und stiehlt mit, und die Wödelin zeigt der Freundin alles das, was sie an Vorbereitungen für das freundliche Ereignis getroffen hat; zeigt ihr die Steckhissen, und die Bettchen und die Hemden und die Lätzchen und die übrigen Dinge mit einem „hen“. Für Wödel und solche, die es werden wollen. Das zeigt sie der Liesbeth. Und Liesbeth beschneidet das alles. Und wie sie das alles beschneidet und, als wäre es ihr eigen, im Vorgenuß künftiger Seligkeit durch die Finger gleiten läßt, da findet sie auch ein Paar Armbändchen, ein Paar von der Wödelin gebähtete Armbändchen.

„Wödel!“ ruft sie — und muß das sofort ebenfalls haben. Sie erkennt sich, wie solche Reichen gemacht werden.

„Gebähtet werden die“, antwortet Erna, „das bringt du bestimmt fertig!“ Liesbeth ist nämlich im Handtag und in wirtschaftlichen Fragen nicht eben auf der Höhe. Ah, fertig ist sie wohl, und den guten Willen hat sie ganz gewiß. Aber sie hängt alles beim verkehrten Ende an und traut sich nichts. Weil sie sich in Räthenangelegenheiten unsicher fühlt, hat sie ein volles Jahr lang jeden Mittag Kartoffelpuffer gemacht, das einzige, was sie perfekt beherrscht. Auch sonst. Jam Kartoffelkuchen hat sie keinen Erfinder und kein Geb. Das ist allerdings das gleiche Glas und ein ewiger Berger. Handarbeiten liebt sie schwärmerisch.

Aber sie kann keine. Bloß Kreuzstich. Diese Technik verwendet sie zur Ausschmückung von Lappchen. Die bekommen alle etwas Schönes aufgestickt. Reißt Schornsteinfeger. Und hoheln kann sie auch. Allerdings nur die unterste Stufe dieser Kunst: feste und Luftmaschinen. Das ist alles. Der Wasserleitungsabstich ist nicht dicht, der Boden des Wödelnests durchgerostet. Reparatur wird nicht. Aber Schiefer kauft sich Liesbeth jede Woche einen neuen. Weil sie fürs Adrette ist und sich ganz anpaßt. Na, und da dachte sie sich das ganz prächtig mit den Armbändchen. Wie sie würde ihr Karb Heinz damit ausschmücken! Denn es sollte feststehend ein Schw werden.

Sie ließ sich also von der Wödelin in die Fabrikation der Armbändchen einweisen, fuhr in die Stadt, kaufte einen Strang blauer Seide, fuhr wieder heim, ließ alles stehen und liegen und häkelte darauf. Am Abend war sie fertig mit dem ersten Armbändchen. Als Herr Junk nach Hause kam, schwang ihm seine Gattin ein schwarzes Ringelgen unter die Nase. Es sah nämlich nicht mehr blau aus. Die Güte war vor lauter Schw-Müde gehen ins Schwimmen geraten. Dann gingen Jankin in ein Gasthaus essen. Liesbeth hatte doch keine Zeit gehabt zum Kochen.

Im Gasthaus packte sie ihre Häkeln aus und arbeitete weiter. Das Strängchen reichte nicht. Um ein Paar Armbändchen herzustellen, bedurfte es eines zweiten Strängchens blauer Seide. Am frühen Morgen fuhr Frau Junk in die Stadt und ergrubte ihren Vorrat an blauer Seide. Dann kurzte sie sich von neuem in das Gasthaus des Häkelns von Armbändchen. Gegen Abend war das erste Paar fertig. Die junge Frau strahlte. Wohlige Würde Karb Heinz darin anschaun!

Von der Seide blieb etwa die Hälfte übrig. Erna, die Freundin, hatte wiederholt gedankt, was diese heutige nichts umkommen lassen. Jedes Fädchen sei wertvoll. Was macht man mit einem angestrichenen Strang hellblauer Seide? Verwendet werden muß sie, das heißt: ein heiliger Trieb zur Sparsamkeit erwacht in Frau Liesbeth Jank. Ohne Säumen nahm sie das zweite Paar Armbändchen in Angriff. Und häkelte bis der Strang aufgebraucht war. Die Seide reichte nicht. Liesbeth kaufte neue. Von dieser blieb ein Teil übrig. Liesbeth begann ein drittes Paar Armbändchen. Die Seide reichte nicht. Liesbeth kaufte neue. Und begann das vierte Paar Armbändchen. Von der Seide blieb ein gut Teil übrig. Liesbeth begann das fünfte Paar Armbändchen. Und kam sich bei alledem maßlos ökonomisch und praktisch vor.

Sie häkelte blindlings von früh bis in die Nacht. Sie häkelte ein Paar Armbändchen nach dem anderen. Sie häkelte sich um nichts in der Welt. Sie häkelte. Ihr Denken kreiste unentbehrbar um die Begriffe: Karb Heinz — nicht! — Seide — spar! — Spar! — Sie hatte keine Zeit, Hemden und dergleichen zu nähen. Beim Häkeln des 23. Paares wurde sie von Wehen überfallen. Sie hatte sich an Eides Statt in den Kopf gesetzt, zwei Duzend Armbändchen fertig zu bringen. Sie machte vor Ergeiz. Als das Kind ankam, war das 24. Paar zu einem Viertel fertig. Der Strang war zu Ende. Das Kind wurde in Papier-Erwollten gewickelt. Es war ein Mädchen.

Die Sanktionen und die Tschechei

Aus Prag wird uns geschrieben:

Noch ist die Entscheidung nicht gefallen, ob die Tschechoslowakei sich an den Sanktionen gegen Deutschland beteiligt. Doch, es muß festgestellt werden, daß in tschechischen Kreisen hierzu Neigung besteht. Der tschechische Chauvinismus legt sich wie ein toter Reiter vor die Augen der Tschechen und verunkelt ihren Blick für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Ja, man geht so weit, die Beteiligung an den Sanktionen als ein Gebot der Wirtschaft anzusehen. Die „Prager Presse“ behauptet zwar, daß bei Nichtbeteiligung Polen und Jugoslawien der Tschechei den Absatzmarkt sperren könnten und daß die Industrie der Tschechei durch die Sanktionen ein ermäßigtes Übergewicht über die reichsdeutsche Industrie erlange. Diese Worte beziehen sich nur auf jenen Teil der tschechischen Industrie, der nach dem Osten exportiert, während die übrige Industrie, die einerseits von Deutschland Rohstoffe importiert, andererseits nach Reichsdeutschland exportiert, durch die Beteiligung an den Sanktionen auf das Schwerste getroffen wird. Es muß aber leider auch gesagt werden, daß ein Teil jener tschechischen Industrie, die sich wirtschaftliche Vorteile von den Sanktionen gegen Deutschland erhofft, die tschechische Regierung in ihrem Vorhaben noch bekräftigt.

Die Tschechei hat auf jeden Fall alle Vorkehrungen zu einem Vormarsch gegen Reichsdeutschland getroffen. Zunächst scheint Oberschlesien für etwaige militärische Operationen in Betracht gezogen zu werden, und zwar die Kreise Leobschütz und Ratibor, dann Olag, Habelschwerdt und Ziegenhals. Die Tschechen befürchten jedoch, daß ihnen Polen entgegenzutreten könnte. Neben den militärischen Operationen denkt man auch an solche wirtschaftlicher Natur.

Die deutsche Politik, die sich bisher in parlamentarischen Profeten erschöpfte, steht nun vor neuen Aufgaben. Es ist ausgeschlossen, daß die Tschechen gegen den Willen von dreieinhalb Millionen Deutschen es wagen könnten, ernstlich gegen das Deutsche Reich vorzugehen, wenn auch die französische Presse behauptet, daß die Tschechei sich an den Sanktionen beteiligen werde. Jetzt gilt es für die deutsche Politik zu zeigen, ob sie ein Nachbarkrieg im öffentlichen Leben der Tschechei ist oder ob sie sich selbst ausschalten will. In großen Kundgebungen müßten die Deutschen in allen Städten gegen eine Beteiligung der Tschechei demonstrieren, und der tschechischen Regierung müßte deutlich gemacht werden, daß ihr abenteuerliches Vorhaben auf den entschlossenen Widerstand aller deutschen Kreise stößt.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die deutsche Politik, die sich bisher in parlamentarischen Profeten erschöpfte, steht nun vor neuen Aufgaben. Es ist ausgeschlossen, daß die Tschechen gegen den Willen von dreieinhalb Millionen Deutschen es wagen könnten, ernstlich gegen das Deutsche Reich vorzugehen, wenn auch die französische Presse behauptet, daß die Tschechei sich an den Sanktionen beteiligen werde. Jetzt gilt es für die deutsche Politik zu zeigen, ob sie ein Nachbarkrieg im öffentlichen Leben der Tschechei ist oder ob sie sich selbst ausschalten will. In großen Kundgebungen müßten die Deutschen in allen Städten gegen eine Beteiligung der Tschechei demonstrieren, und der tschechischen Regierung müßte deutlich gemacht werden, daß ihr abenteuerliches Vorhaben auf den entschlossenen Widerstand aller deutschen Kreise stößt.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskongress am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der äußerste nationale Pflichtbewußtsein vorgebracht werden, so daß die deutsche Weisheit fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Vorwand, daß sie einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen, A. S.

Deutsch gegen die Sanktionen aus. Die letzten Vorgänge in Ungarn

erachten sie als eine innerpolitische Frage Ungarns.

In der Debatte beteiligten sich noch mehrere Abgeordnete. Jan Schöly antwortete Minister Dr. Benesch auf mehrere Anfragen, die an ihn in Bezug auf die Sanktionen gestellt worden waren. Er betonte, daß die Tschechoslowakei sich hauptsächlich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen richten müsse. Die Regierung müsse einen solchen Weg einschlagen, der der internationalen Situation in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht gerecht wird.

Die Klage des Ministers Hermes Der Fall Ramm-Angustia.

Berlin, 15. April. Gestern begann vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I der Verteidigungsprozeß, den Reichsernährungsminister Dr. Hermes gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Dr. Bernhard Veiser angeklagt hat. Die Anklage wird von Staatsanwalt Gerlach vertreten. Die Verteidigung haben Rechtsanwalt Wolfgang Heine und Justizrat Werthauer übernommen. Reichsernährungsminister Dr. Hermes, der als Nebenkläger zugelassen ist und der Verhandlung beiwohnt, wird durch Geh. Justizrat v. Gordon vertreten. Als Zeugen sind u. a. gekauften Unterstaatssekretär Ramm und Staatssekretär Dr. Huber, ferner als Sachverständiger Professor Jeserich, um festzustellen, ob der Brief Ramm an den Minister Dr. Hermes, in dem Ministerialrat Augustin der Befehung gegeben wurde, echt oder gefälscht sei. Rechtsanwalt Heine erklärte, auf den Sachverständigen verzichten zu wollen, da der Prozeß des Ernährungsministers gegen die „Magdeburgerische Zeitung“ erwiesen habe, daß Staatssekretär Ramm tatsächlich, wie er immer behauptet, den Brief an Minister Dr. Hermes am 7. Mai geschrieben und abgeschickt habe. Geh. Rat Gordon erklärte dagegen, auf den Sachverständigen nicht verzichten zu können, da die Behauptung, der Brief des Staatssekretärs sei im Ernährungsministerium gefälscht worden, verworfen werden müsse.

Justizrat Werthauer beantragte sodann eine kurze Unterbrechung der Verhandlung, um die Strafsakten Dr. Augustin einsehen zu können. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß der Zeuge Regierungsrat Engelke vom Ernährungsministerium infolge einer Wundarmverletzung nicht vor Gericht erscheinen könne. Rechtsanwalt Heine stellte daraufhin den Antrag, die Verhandlung zu vertagen, da er auf den Zeugen Engelke keineswegs verzichten könne. Das Gericht sprach sich zu einer kurzen Vertagung zurück und vertagte dann die Verhandlung auf Montag, den 16. Mai.

Die ungleiche Bezahlung der Eisenbahner Berlin, 15. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Unter den preußischen, badischen, sächsischen und oberrheinischen Eisenbahnbeamten und -arbeitern ist zur Zeit eine Bewegung im Gange, die bei weiterer Ausbreitung der Verreichlichung der Eisenbahn nicht gerade förderlich sein kann. Bei der Regelung der Bezahlungreform, besonders bei der Bezahlungsbefreiung von Bayern und Württemberg, haben sich für diese Beamten gewisse Sonderprivilegien herausgehoben, die sich mit dem Wesen der Bezahlungreform unvereinbar lassen. Man nahm fast allgemein eine Vordatierung des Beamten-Dienstalters vor und erreichte auf diese Art und Weise, daß in Süddeutschland mit Ausnahme Baden Beamte gewisser Kategorien so in eine höhere Gehaltsstufe eingegliedert wurden, als es sonst im Reich der Fall gewesen ist. Die sehr langwierigen Verhandlungen haben schließlich dazu geführt, daß Bayern und Württemberg auf Grund der im Staatsvertrag bezüglich der Übernahme der Eisenbahn auf das Reich vorgegebenen Klausel von den allgemeinen Abmachungen zurückgetreten sind. Die preußischen, badischen und sächsischen Eisenbahner fühlen sich nun durch die den süddeutschen Beamten gegenüber zugestandenen finanziellen Vorteile geschädigt und glauben, daß sie bei einem Zurücktreten vom Reichsdienst in den Dienst ihrer Länder gleiche oder Ähnliche Vorteile erlangen könnten wie die süddeutschen Eisenbahner. Die Erbschaftsorganisationen haben als Vertreter der Beamten und Arbeiter im Reichsernährungsministerium wie auch der Reichsregierung über die Stimmung unter den Beamten Mitteilung gemacht. Die Verhandlungen mit den zukünftigen Vertretern der Reichsbesitzer haben bis jetzt kein positives Ergebnis gezeitigt, und so ist eine gewisse Spannung der Lage eingetreten, umso mehr, als nun die Reichseisenbahner verlangen, daß ihre Bezüge wenigstens annähernd der Bezahlung der süddeutschen Beamten angepaßt werden.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktionen einen Antrag niederlegen lassen, der die Inskription trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Die Kl...  
Firma...  
wag...  
klau...  
wago...  
folg...  
do e...  
rang...  
wider...  
ber...  
Eich...  
B. vom...  
di...  
Bahn...  
gleich...  
strei...  
rang...  
klag...  
gab...  
Reich...  
Die R...  
dahin...  
De...  
verein...  
dem B...  
ferung...  
k 8 n...  
Lieber...  
nicht...  
stand...  
wähle...  
nicht...  
d u r...  
Daß b...  
schen...  
Wagen...  
währe...  
werde...  
Fabrik...  
weiter...  
und d...  
der a...  
der au...  
klag...  
barung...  
weber...  
Sachh...  
der, d...  
verh...  
d a m...  
feru...  
trago...  
14. M...  
als w...  
hervor...  
(Aktio...  
erst...  
15. G...  
16.





Severing über die Märzunruhen

(Stadtbericht anserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 15. April.

In der heutigen Sitzung des preussischen Landtages wurde nach Erledigung kleiner Anfragen die Beratung über die Unruhen in Mitteldeutschland

Unruhen in Mitteldeutschland

fortgesetzt. Das Wort nahm, von einzelnen kommunistischen Abgeordneten mit dem Jurist Camp (Nazi-Rufe bei den Sozialdemokraten) empfangen, Minister des Innern Severing:

Der Abg. Graef hat unterlassen, in seiner gestrigen Rede anzugeben, welche rechtsgerichteten Zeitungen auf die planmäßige Vorbereitung des Aufstandes aufmerksam gemacht haben.

auf unbewiesene Zeitungsnachrichten verlassen.

Die dort wiedergegebenen Berichte sind der Staatsregierung allerdings bekannt; aber wenn die Regierung auf alle solche Spitzelberichte hereinfallen wollte, wäre sie rasch erledigt.

„Kriegsrat“ im Elisee

Paris, 15. April. „Echo de Paris“ teilt mit: Heute findet im Elisee eine außerordentliche Sitzung unter Vorsitz des Präsidenten Millerand statt.

Die Abwägung der Anschlussbewegung

Wien, 15. April. Ueber den Standpunkt der österreichischen Regierung zu der Note der Entente in der Anschlussfrage erfahren die Blätter von zuständiger Stelle, daß sich für die Regierung nicht die Notwendigkeit ergebe, eine Revision ihres Standpunktes in der Anschlussfrage vorzunehmen.

Erregte Kundgebungen in Innsbruck

Innsbruck, 15. April. Die Erklärung der Entente über die Anschlussfrage wurde gestern abend 6 Uhr durch eine Sonderausgabe der „Innsbrucker Nachrichten“ verbreitet.

strenge Überwachung der Polizeifunde. Der Minister des Innern hat soeben in einer Verfügung an die Unterbehörden angeordnet, daß die Überwachung der Polizeifunde strenger als bisher durchgeführt werde.

Riefenschlebung oder Luftangebot

Wie uns zu unserer Meldung im heutigen Morgenblatt von zuvoriger Stelle mitgeteilt wird, liegt die Anzeige über den von uns geschilderten Fall bei der diesigen Wohlfahrtspolizei schon seit einigen Tagen vor.

Die Aussperrung in der Dresdner Zigarettenindustrie beendet

Wie unser Dresdner Mitarbeiter erzählt, haben die am Donnerstag nachmittags stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern der Dresdner Zigarettenindustrie und den Maschinenführern zu einer Einigung geführt.

Ein Streik der Karten- und Kegelspieler

Ludau S.-A., 15. April. Ein nicht allfälliger Streik ist in diesem Städtchen ausgebrochen, der groteske Formen angenommen hat.

Die Abwägung der Anschlussbewegung

Wien, 15. April. Ueber den Standpunkt der österreichischen Regierung zu der Note der Entente in der Anschlussfrage erfahren die Blätter von zuständiger Stelle, daß sich für die Regierung nicht die Notwendigkeit ergebe, eine Revision ihres Standpunktes in der Anschlussfrage vorzunehmen.

Erregte Kundgebungen in Innsbruck

Innsbruck, 15. April. Die Erklärung der Entente über die Anschlussfrage wurde gestern abend 6 Uhr durch eine Sonderausgabe der „Innsbrucker Nachrichten“ verbreitet.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Bernichtung des heimenden Lebens und das Strafgesetzbuch

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

Leipzig, 15. April.

Dieses Thema wurde in einer vom Frauen-Arbeitsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung unter Vorsitz von Frau Dr. Käthe Winkler am 14. April behandelt.

# Handels-Zeitung des Leipziger Tageblattes

Leipzig, 15. April.

**König-Friedrich-August-Mühlenwerke, Akt.-Ges., in Dörsch.** Die Gesellschaft war im Jahre 1920 wiederum vorwiegend für die Reichsgetreidestelle beschäftigt. Die aufgenommene Vermehrung von Ackerbohnen wurde im Ertragsnis durch den Preisverfall vermindert, doch war es durch Bankkredit möglich, bessere Zeiten abzuwarten. Der Rohgewinn stellt sich auf 1878 230 (L. V. 614 871) M. Bei Abschreibungen von 150 000 (61 196) M. verbleibt ein Reingewinn von 141 732 (98 028) M., aus dem bekanntlich eine Dividende von wieder 8 Proz. verteilt werden soll. Eine Erhöhung des 2 Mill. Mark betragenden Aktienkapitals auf 3 Mill. Mark dürfte in Kürze vorgeschlagen werden. Die Aussichten werden günstiger beurteilt. Das Unternehmen ist auf längere Zeit mit Aufträgen versehen.

**ap Bedburger Wolf-Industrie-Akt.-Ges. in Bedburg.** Die Generalversammlung beschloß eine Dividende von 25 Proz.; ferner wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von 3 auf 5 Mill. Mark beschlossen. Die neuen Aktien werden von der Deutschen Bank, Filiale Köln, übernommen und den alten Aktionären zu 140 Proz. angeboten. Ueber die Aussichten wurde mitgeteilt, daß diese wenig günstig seien, daß man aber dennoch hoffe, eine angemessene Verzinsung zu erzielen.

**Aachener Lederfabrik, Akt.-Ges., in Aachen.** In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der am 7. Mai d. J. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von wieder 60 Proz. und die Erhöhung des Aktienkapitals um 4 Mill. Mark durch Ausgabe von 4000 Stammaktien vorzuschlagen. Die Aktien sollen zu 150 Proz. ausgegeben und den Aktionären im Verhältnis von 1 zu 1 angeboten werden.

**Clemens Müller, Akt.-Ges., in Dresden.** Die vorgeschlagene Dividende von 20 (L. V. 15) Proz. wurde von der Hauptversammlung genehmigt. Die Beschäftigung ist gegenwärtig ausreichend.

**Metallwerke-Akt.-Ges. vorm. Luckas & Steffen in Hamburg.** Das Unternehmen erzielte in 1920 einen Fabrikationsgewinn von 3 705 390 (L. V. 1 130 585) M. Für Abschreibungen wurden 1 233 281 (243 357) M. verwendet, darunter für Maschinen, die in 1920 von 604 518 M. auf 484 518 M. auf 941 065 (350 306) Mark Reingewinn sollen bekanntlich 20 (15) Proz. Dividende auf 1,71 Mill. Mark aus. Der Bestand an Waren und Rohmaterialien sit auf 3,27 (1,98) Mill. Mark, der Kassenbestand und des Bankguthabens auf 2,57 (1,41) Mill. Mark gestiegen. Debitoren erschienen mit 2,05 (1,13) Mill. Mark, Kreditoren mit 0,64 (1,31) Mill. Mark. Das Kapital ist inzwischen auf 6,5 Mill. Mark erhöht worden; ferner wurden 2 Mill. Mark Obligationen gegeben.

**ap Eschweiler-Ranger Metallwerke, Akt.-Ges., in Ratingen.** Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Kapitalerhöhung um 21 auf 15 Mill. Mark, wobei 1,2 Mill. Mark 6 Proz. Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht sein sollen. Bis März sei der Geschäftsgang zufriedenstellend gewesen, dann habe aber der Auftragsmangel nachgelassen. Die Verwaltung hofft, die Produktion erhöhen zu können. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Generaldirektor Reinhold Becker-Krefeld, Direktor Julius Becker-Krefeld, Direktor Karl Loer-Oberkassel, Direktor Hugo Klein-Meerbusch, Generaldirektor August Wogenow-Krefeld und Dr. Eduard Wellenstein-Ratingen.

**Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft in Berlin.** In 1920 wurde ein Geschäftsgewinn von 9 457 640 (L. V. 8 042 287) M. erzielt. Hiervon wurden 301 105 (315 973) M. für Abschreibungen auf Anlagen (Ueberweisung an das Anlage-Tilgungskonto) und 19 857 (7 488) M. für Abschreibung eines Zuganges auf Inventar-konto verwendet. Das bisherige Erneuerungsfondskonto wird in Werkerhaltungskonto umgetauft und mit 500 000 (4) dotiert, womit es auf 5 Mill. Mark ansteigt. Aus 4 631 301 (3 168 130) M. Reingewinn werden bekanntlich 14 (12) Proz. Dividende verteilt und 123 306 (156 820) M. vorgezogen.

**Der Bestand an Effekten und Anteilen an G. m. b. H. hat sich auf 46,94 (30,36) Mill. Mark gehoben. Die Beteiligungen sind auf 7,84 (6,9) Mill. Mark gestiegen. Von dem einschließlich 7,02 (7,02) Mill. Mark Bankguthaben mit 41,21 (29,77) Mill. Mark ausgewiesenen Debitoren entfallen 27,18 (5,76) Mill. Mark auf Guthaben bei kontrollierten Gesellschaften, die ihrerseits aus den 40,06 (13,63) Mill. Mark Kreditoren 32,39 (6,99) Mill. Mark von der Gesellschaft zu fordern haben.**

**Baderussche Eisenwerke, Akt.-Ges., zu Weitzlar.** Der Aufsichtsrat schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 12 (L. V. 7 1/2) Proz. vor.

**Diskonterhöhung in Oesterreich.** Der Generalrat der Oesterreichisch-Ungarischen Bank beschloß eine Zinsfußerhöhung um 1 Proz. Es gilt daher ab 15. April für den Diskont von Wechseln, Warrants und Effekten ein Zinsfuß von 6 Proz. und für Darlehen auf Wertpapiere ein Zinsfuß von 7 Proz. Die noch in Geltung befindlichen Begünstigungen für die Belehnung von Kriegsanleihen bleiben aufrechterhalten.

**Kapitalerhöhungen**  
Bank- und Wechselstuben-Akt.-Ges. Mercur in Wien um 120 auf 300 Mill. Mark.  
Moghaus Union, Akt.-Ges., in Leipzig um 0,5 auf 1 Mill. Mark.

**Niederlausitzer Kohlenwerke in Berlin** Verdoppelung auf 50 Mill. Mark, davon 10 Mill. Mark 6 Proz. Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht.  
**Essinger Werke, Akt.-Ges., in Worms** um 2 Mill. Mark 7 Proz. Vorzugsaktien auf den Namen lautend auf 5 Mill. Mark.  
**Essinger-Werke, Akt.-Ges., in Worms** um 2 Mill. Mark konstitutiver, mit 7 Proz. Vorzugsdividende ausgestatteter Vorzugsaktien auf 5 Mill. Mark.

## Dividendenerklärungen

**ap Baderussche Eisenwerke, Akt.-Ges., in Weitzlar** 12 (L. V. 7 1/2) Proz.  
**Deutsche Werkstätten-Akt.-Ges. in Rähnitz-Hellersau** 10 (L. V. 8) Proz. auf die Stammaktien und 6 Proz. auf die Vorzugsaktien.  
**ap Vereinigte Kunstseidefabriken in Frankfurt-Kleinerebach** 9 (L. V. 6) Proz. und Kapitalerhöhung um 8 auf 10 Mill. Mark.  
**F. Küppersbusch & Söhne, Akt.-Ges., in Gelsenkirchen** wieder 15 Proz.

## Berliner Börse vom 15. April.

Bei anhaltender Geschäftsunlust verkehrt die Börse heute in vorwiegend schwacher Haltung. Die Kurstendungen nahmen jedoch nur geringes Ausmaß an. Auf dem Montanaktienmarkt war das Hauptinteresse wieder auf Thale gerichtet, die weitere 72 Proz. unter Reparationen gewonnen. Rhein Stahl + 8, Hoersch nach Abschlag des Bezugsrechts 95 niedriger. Auf dem Markt der Nebenwerte war das Geschäft lebhafter und die Tendenz ziemlich fest. Gefragt waren Dynamit Nobel (+ 7/8), Hirsch Kupfer (+ 1/2), Köln-Rottweil (+ 1/2), Augsburg-Nürnberg (+ 1/3). Deutsche Waffen setzten mit 670 ein, um im Verlaufe der Börse 1/2 Proz. zu gewinnen. Gebr. Böhrler mußten sich hingegen einen stärkeren Rückschlag von 15 Proz. gefallen lassen. Chemische Werte tendierten ziemlich behauptet und hatten teilweise festere Haltung; so gewonnen Berliner Anilin 7, Oberkoks 4 und Elberfelder Farben 3 Proz. Elektrizitätsaktien wurden überwiegend, aber auch nur in kleinem Umfange, abgegeben. Kaliwerte verkehrten sich nicht zu behaupten. Auf dem Schiffahrtsaktienmarkt konnte sich keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Bankpapiere lagen ziemlich geschäftlos. Für Petroleumwerte machte sich steigende Nachfrage geltend bei etwas lebhafterem Geschäft; Deutsche Petroleum + 15. Auf dem Markt der Valutenpapiere setzte sich heute ein kleiner Aufschwung durch, ganz besonders für Kolonialanleihe, bei denen sich der Markt sehr aufnahmefähig zeigte; Otavi Minen + 28, Genesio + 35, M. Neu-Guinea + 10. Auch Schmutzwaren waren heute stärker begehrt und erzielten einen Gewinn von 7 Proz.

**Am Kassaindustrieaktienmarkt war die Haltung unebenmäßig bei stillem Geschäft. Am amtlich nicht notierten Werten Mansfelder Kuxe 4000.**

**Heimische Anleihen** veränderten sich nicht. An Noten wurden Polen mit 7,95-7,97% genannt. Silber 970-990, Pfand 150-182. Tägliches Geld etwa 4% Proz.

## Dresdener Börse am 15. April.

Tendenz fest bei lebhafterem Geschäft. Meinungs- und Rückkäufe brachten zum Teil wesentliche Steigerungen. Sächsische Gas + 60, variabel allerdings wieder 35 niedriger. Schönberr + 19 1/2, Wanderer + 13 1/2, Spöcher + 110, Siemens Glas variabel + 25, Chemische Heydon + 15 1/2, Gebe + 14. Schwächer waren Vorkurrierer - 12.

## Leipziger Börse vom 15. April.

Die Börse verkehrte heute in wesentlich freundlicherer Haltung als gestern, und das Geschäft war wohl auch etwas lebhafter. Von variablen Werten konnten sich zwar Thüringer Gas nicht voll behaupten, und Chemnitz Zimmermann, Hartmann und Piano Zimmermann blieben unverändert. Andererseits wurden Schneider stark gestiegen, um nachbarschaftlich weiter zu avancieren. Außerdem stellten sich Mansfelder Kuxe, Germania, Hartmann, Norddeutsche Wolle, Stöhr, Thüringer Wollgarn, Halleische Zucker, Hupfeld und Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt höher.

**Am Einheitsmarkt** hielten von Montanpapieren Harpener zurück, wogegen Bochumer gebessert waren. Für sächsische Kohlenaktien bestand kein Interesse. Soweit sich Maschinenaktien veränderten, waren sie gestiegen, so Schönberr, Schubert & Salzer und Wotan. Auch die meisten Textilpapiere erzielten Gewinne, darunter Gantzeck, Textilose, Leipziger Baumwolle, Meerane, Tränkner & Wörker und Tittel & Krüger. Andererseits erlitten Leipziger Kammgarn und Leipziger Spinnen kleine Einbußen. Bemerkenswert fest lagen auch die sonstigen Industriepapiere. Besonders hervorzuheben ist u. a. der erhebliche Gewinn von Leipziger Malz, die von mehreren Seiten bei Bestensaufträgen aus dem Markt genommen wurden. Als gebessert sind ferner zu erwähnen Rositzer Zucker, Chromo Najork, Deutscher Eisenhandel, Leipziger Feur, Pinkau, Waldassens, Polyphon, Reinstrom, Reudener Ziegel, Riquet, Sackewerk, Fritz Schulz, Siemens Glas und Saccharia. Dagegen mußten sich Sächsische Bronze, Gmüthel, Fritzsche, Halle Zement, diese auch

unter Berücksichtigung des Dividendenabchlags, Precher, Glauziger Zucker, alte Krietsch und Rebeck Stämme Einbußen gefallen lassen.

**Bankaktien** neigten teilweise zur Schwäche, darunter Deutsche Bank, Sächsische Bank, Bank für Grundbesitz und Leipziger Immobilien-Gesellschaft. Mit Gewinn gingen Leipziger Hypothekbank aus dem Verkehr hervor. Transportwerte hatten alte Kurse. Nur Lloyd besserten sich eine Kleinigkeit. Am Anlagemarkt blieben Reichsanleihe und Konsols sowie Kriegsanleihe unverändert. Während sich Parischätze etwas hoben, senkte sich Sächsische Rente. Lebhaft waren Stadtanleihen gehandelt. Zwar ermäßigten sich verlosbare und beide 4 1/2 Proz. Leipziger, andererseits aber zogen 5 Proz. Leipziger, Dresdner und Planener an. In Pfandbriefen war wenig Geschäft. Von Obligationen erwähnen wir Manufaktur und Kulkwitzer als niedriger, Schneider als höher.

Von dem amtlich nicht notierten Werten waren u. a. gestiegen Ceres, Dux, B. Escher, Heine, Niederlausitzer, Polack, Presto, Stapelfaser, Triton, Weber, Weidhalm, Wessel & Naumann, R. Wolf und junge Bachmann, Halle Zimmermann, Hartmann, Ley und Tittel & Krüger. Einbußen erlitten Bachmann, Chemnitz Papier, Elitz, Elitzewagen, Hansa Lloyd, Trockenfutter, Vereinigte Jäger, Metall Borsdorf, junge Halle Zucker, Stöhr, Leipziger Spinnen, Polyphon, Reinstrom, Sachsenwerk Vereinigte Jäger Rothe, Vomag u. a. m.

Waren	Kurs	Waren	Kurs	Waren	Kurs
Apfel	180	Leinwand	100	Wollgarn	120
Baumwolle	150	Leinwand	100	Wollgarn	120
...	...	...	...	...	...

Land	15. April	14. April
Frankreich	147,85	147,95
England	187,75	187,75
...	...	...

**ap Kursbewegung der ausländischen Zahlungsmittel.** In Westdeutschland notieren: Holland 2187 1/2-2197, Frankreich 449 bis 451, England 246 1/2-247 1/2, Schweiz 1065-1096, New York 63 1/2 bis 63 3/4. Frankfurt meldet: Holland 2190-2195, England 246 1/2 bis 248, Paris 446-448, Schweiz 1065-1096, Italien 810-812, New York 63 1/2-63 3/4; Tendenz fest. - Basel meldet: Berlin 9-9,20, Paris 41,80-41,50, London 22,50-22,60, Italien 28,50-28,55, New York 577-579, Holland 200-200,10, Wien 1,67-1,75; Tendenz schwach.

**Ueberseesche Wechselkurse.** Valparaiso 15. April: London 90 Tage 2 1/2 (11. April 2 1/2), 60 Tage 1 1/2 (11. April 1 1/2), 30 Tage 1 1/2 (11. April 1 1/2). New York (Sicht) 8,28 (8. April 8,28), 60 Tage 8,28 (8. April 8,28), 30 Tage 8,28 (8. April 8,28).

**London, 14. April.** Auf der Wollaktion wurden 6817 Ballen angeboten. Preise waren bei ungewöhnlicher Preisbildung, während geringere Sorten irrtümlich abgekauft wurden.

**Bradford, 14. April.** Infolge der schwierigen Lage blieb der Umsatz am Wollmarkt weiter beschränkt.

**Bremen, 15. April.** Baumwolle 14,25 M.  
**Berlin, 15. April.** Metallbörsen. (Preis pro 100 kg.)

Metall	Preis
Gold	1920
Silber	1800
...	...

## Leipziger Börse am 15. April

Waren	Kurs
3 D. Sächsische	66,75
4 D. do.	66,75
...	...

## Berliner Börse am 15. April

Waren	Kurs
3 D. Sächsische	66,75
4 D. do.	66,75
...	...

## Leipziger Börse am 15. April

Waren	Kurs
3 D. Sächsische	66,75
4 D. do.	66,75
...	...